

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 13.06.2013**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 19:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Ute Haupt	DIE LINKE – Ausschussvorsitzende
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE
Herr Roland Hildebrandt	CDU
Herr Raik Müller	CDU
Herr Andreas Schachtschneider	CDU
Herr Robert Bonan	SPD
Frau Hanna Haupt	SPD
Frau Sabine Wolff	MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Mamad Mohamad	SKE
Herr Manfred Czock	SKE
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE
Herr Eric Eigendorf	SKE
Frau Annette Wunderlich	SKE
Frau Dr. Jeannette Drygalla	SKE
Frau Martina Vofrei	Bereichsleiterin Jobcenter Halle
Frau Susanne Wildner	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Dr. Toralf Fischer	Behindertenbeauftragter
Frau Petra Schneutzer	Beauftragte für Integration und Migration
Herr Jörg Baus	Fachbereichsleiter FB Soziales
Frau Annerose Winter	Abteilungsleiterin Soziale Hilfen FB Soziales
Frau Dr. Uta Schwarzer	Abteilungsleiterin Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung FB Gesundheit
Herr Steve Mämecke	Referent GB IV

Entschuldigt fehlen:

Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität
Frau Ute Borchert	SKE
Frau Brigitte Thieme	SKE
Herr Norwin Dorn	Seniorenrat
Herr Klaus Prestele	LIGA
Frau Sylvia Tempel	Geschäftsführerin Jobcenter Halle
Frau Martina Grummisch	Bereichsleiterin Jobcenter Halle
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter
Frau Kerstin Riethmüller	Seniorenbeauftragte
Frau Dr. Christine Gröger	Fachbereichsleiterin FB Gesundheit
Frau Sylke Bühler	Projektmanagerin FB Gesundheit
Herr Norbert Böhnke	amt. Leiter DLZ Familie
Frau Andrea Simon	Führungsunterstützer SGB II Geschäftsbereich IV

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Sie begrüßte die Mitglieder und Gäste zur heutigen Sitzung.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, informierte, dass das Protokoll vom 16.05.2013 aus Krankheitsgründen nicht vorliegt und somit nicht behandelt werden kann. Ferner wies sie darauf hin, dass ein Änderungsantrag zur Vorlage unter Punkt 6.1. vorliegt. Sie entschuldigte den Beigeordneten Herrn Kogge und Frau Simon, die aus dienstlichen Gründen nicht an der Sitzung teilnehmen können.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, begrüßt Herrn Mämecke und stellt ihn als neuen Referenten des Beigeordneten für Bildung und Soziales den Ausschussmitgliedern vor.

Sie bat, den Tagesordnungspunkt 7 hier Punkt 7.1 Bericht der Geschäftsführung des Jobcenters Halle und Punkt 7.2 Bericht Bildung und Teilhabe vorzuziehen und nach Punkt 3 zu behandeln und informiert, dass Frau Simon im nächsten Ausschuss zum Punkt Bildung und Teilhabe mündlich berichten wird. Die zahlenmäßige Auflistung liegt vor.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, forderte die anwesenden Stimmberechtigten auf, über die geänderte Tagesordnung abzustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt.

Die geänderte Tagesordnung wurde wie folgt festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Bericht der Geschäftsführung des Jobcenters Halle
4. Bericht Bildung und Teilhabe
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Förderung im Haushaltsjahr 2013 entsprechend der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Förderung von Frauen- und Gleichstellungsprojekten, die kein ausschließlich soziales bzw. kulturelles Anliegen verfolgen
Vorlage: V/2013/11645
Änderungsantrag der CDU-Fraktion Halle zur Förderung im Haushaltsjahr 2013
- 5.1.1 entsprechend der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) (V/2013/11645)
. Vorlage: V/2013/11810
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

8. Mitteilungen
- 8.1. Schlüssiges Konzept Kosten der Unterkunft
Vorlage: V/2013/11669
- 8.2. Themenspeicher
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Bericht der Geschäftsführung des Jobcenters Halle

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, begrüßt Frau Vofrei Bereichsleiterin Jobcenter Halle und übergibt ihr das Wort.

Frau Vofrei, Bereichsleiterin Jobcenter Halle, informiert über die Arbeitsmarktzahlen und BuT. Die statistischen Zahlen wurden den Anwesenden zur Verfügung gestellt. Nachfragen dazu gab es nicht.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bedankt sich und bittet Frau Annerose Winter, Abteilungsleiterin Fachbereich Soziales, als heutige Protokollantin zu bestätigen.

zu 4 Bericht Bildung und Teilhabe

wird im nächsten Ausschuss mündlich berichtet

zu 5 Beschlussvorlagen

- zu 5.1 Förderung im Haushaltsjahr 2013 entsprechend der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Förderung von Frauen- und Gleichstellungsprojekten, die kein ausschließlich soziales bzw. kulturelles Anliegen verfolgen**
Vorlage: V/2013/11645

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, verweist auf die Vorstellung der Vorlage im letzten Ausschuss und übergibt **Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte**, das Wort.

Weitere Anfragen, so **Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte**, sind nicht bei ihr eingegangen. Die bereits in der letzten Sitzung gestellten Fragen wurden zwischenzeitlich schriftlich beantwortet.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, übergibt **Herrn Schachtschneider, CDU-Fraktion**, das Wort um den Änderungsantrag einzubringen.

Herr Schachtschneider, CDU-Fraktion, begründet den Antrag zur Streichung der Projekte des Väterradio de e.V. und dem Förderkreis der Schriftsteller Sachsen-Anhalt e.V.

Frau Wolff, Fraktion MitBürger für Halle – Neues Forum, bittet um getrennte Abstimmung der Punkte, da sie das Projekt des Väterradio e.V. als wichtig erachtet, für das Projekt des Förderkreises jedoch sollte nach anderen Möglichkeiten geschaut werden, um auf das Problem der Betroffenen aufmerksam zu machen.

Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte, begründet nochmals warum das Projekt Väterradio als Gleichstellungsprojekt aufgenommen wurde und widerlegt die Vermutung,

dass die Fördergelder 1 zu 1 an Radio Corax gehen, sondern diese als Sachkosten für die Erstellung der Radiosendung verwendet werden sollen.
Desweiteren wird sie die angegebene Adresse und den Vereinssitz prüfen lassen und bittet die Abstimmung zu diesem Projekt bis zur Klärung zurückzustellen.
Zum Buchprojekt „Die Vergessenen“ erläutert sie die Kostenkalkulation und informiert über die Hintergründe zur Entstehung dieses Buches.

Herr Müller, CDU-Fraktion, verweist auf die Haushaltssituation, dass nur Projekte, bei denen ein erhebliches Interesse für die Stadt besteht, gefördert werden sollen. Das ist bei beiden Projekten aus seiner Sicht nicht der Fall.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, schließt sich dieser Auffassung an und regt statt des Buches eine Reportage zu diesem Thema an.

Frau Dr. Drygalla, sachkundige Einwohnerin Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN, hält beide Projekte für wichtige Gleichstellungsprojekte. Sie bittet, die im Buch beschriebene Personengruppe unbedingt im Fokus zu behalten, um deren Problemlage der Öffentlichkeit und Politik zu verdeutlichen.

Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte, bittet den Punkt 1 des Änderungsantrages bei der Abstimmung über die Vorlage zurückzustellen.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bittet nun über den Änderungsantrag und danach über die Vorlage ohne das Projekt des Väterradio e.V. abzustimmen. Sie fragt die sachkundigen Einwohner/innen, ob sie ein zustimmendes Votum zur Vorlage abgeben können.

Abstimmungsergebnis: zugestimmt

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bittet nun um das Votum zur Vorlage V/2013/11645 ohne Projekt des Väterradio e.V. Die Abstimmung zu diesem Projekt wird in der nächsten Sitzung nach Vorlage der Beantwortung der offenen Frage erfolgen.

Beschluss:

1. Der Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss bestätigt die in der Anlage dargestellte Förderung von Frauen- und Gleichstellungsprojekten für das Haushaltsjahr 2013.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt
7 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen

Herr Müller, CDU-Fraktion, fragt an, ob es realistisch ist, dass diese Gelder in 2013 auch tatsächlich ausgezahlt werden.

Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte, antwortet, dass es noch keine neue Verfügung zur Haushaltsdurchführung nach der Zustimmung des LVA gibt. Bisher gilt weiterhin die vorläufige Haushaltsführung.

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion Halle zur Förderung im Haushaltsjahr 2013 entsprechend der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) (V/2013/11645)
Vorlage: V/2013/11810**

Die stimmberechtigten Stadträtinnen und Stadträte wurden von **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, aufgefordert über den Antrag der CDU-Fraktion abzustimmen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
3 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen

Beschlussvorschlag:

Folgende Fördervorschläge werden gestrichen:

1. Vätterrado e. V. (Projekte – lfd. Nr. 1)
2. Förderkreis der Schriftsteller Sachsen-Anhalt e. V. (Projekte – lfd. Nr. 3)

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, stellte fest, dass keine Anträge vorliegen.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, stellte fest, dass keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten eingereicht wurden.

zu 8 Mitteilungen

zu 8.1 Schlüssiges Konzept Kosten der Unterkunft
Vorlage: V/2013/11669

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, übergibt das Wort an **Herrn Baus, Fachbereichsleiter Soziales**, zur Einführung in das Thema und begrüßt Herrn Jacobs von der Firma Analyse & Konzepte.

Herrn Baus, Fachbereichsleiter Soziales, informiert über die Hintergründe zur Erstellung des schlüssigen Konzeptes und übergibt an **Herrn Jacobs, Analyse & Konzepte**, der die Erhebung der Daten und das daraus entstandene Konzept vorstellt. Er bezieht sich dabei auf die den Stadträten vorliegenden Unterlagen.

Frau Dr. Drygalla, sachkundige Einwohnerin Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN, fragt zu Folie 8: Was ist die Methodik?

Herr Jacobs Analyse & Konzepte, führt aus, dass beschrieben wird, wie man zum Ergebnis gekommen ist. Aus der Methodik und Begründung ergibt sich der Richtwert.

Frau Wolff, Fraktion MitBürger für Halle – Neues Forum, fragt, was passiert wenn man mit der Miete über dem Richtwert liegt? Wird auch hier das Kölner Modell angewendet?

Herr Jacobs Analyse & Konzepte, erläutert, dass das Kölner Modell einen sehr niedrigen Richtwert zugrunde legt und über Einzelfallentscheidung dann die höhere Miete zugelassen wird. Wenn die Mietkosten den Richtwert überschreiten, wird im ersten Schritt die Einzelfallprüfung durchgeführt, im zweiten Schritt die Wirtschaftlichkeitsprüfung. Danach wird es eine Entscheidung geben.

Frau Wolff, Fraktion MitBürger für Halle – Neues Forum, möchte wissen, was ist, wenn eine zu große Wohnung bewohnt wird, jedoch da unsaniert, der Mietpreis niedrig ist und unter dem Richtwert liegt.

Dann greift die Produkttheorie, so **Herr Jacobs Analyse & Konzepte**. Maßgeblich ist, dass die max. Brutto Kaltmiete nicht überschritten wird. Dabei ist es unerheblich wenn z.B. statt der 50 m² 70 m² bewohnt werden, insgesamt die Brutto Kaltmiete von 286 € nicht überschritten wird.

Für **Frau Dr. Drygalla, sachkundige Einwohnerin Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN**, ist es nicht schlüssig, dass z. B. eine Einsparung der Betriebskosten über 6 Monate nachgewiesen werden soll, dies aber kein Abrechnungszeitraum für Betriebskosten ist.

Herr Jacobs Analyse & Konzepte, antwortet dass im Fall von zu hohen Betriebskosten, diese einmalig übernommen werden müssen. Dann jedoch die Aufforderung der Senkung ergeht. Diese kann z. B. durch Zwischenablesung nachgewiesen werden. Möglich ist auch die Aufforderung zum Umzug oder die Übernahme der Mehrkosten durch den/die Hilfeempfänger/in selbst. Wie im Jobcenter dazu im Allgemeinen verfahren wird, ist dort zu erfragen.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, fragt welche Auswirkungen es auf den Haushalt hat, wenn nicht nach dem schlüssigen Konzept verfahren wird.

Herrn Baus, Fachbereichsleiter Soziales, verwies auf die Darstellung Veränderung der Brutto-Kaltmiete im Verhältnis zum Wohngeld. Wenn nach Wohngeldtabelle gezahlt werden muss, entstehen deutlich höhere Kosten! Dann könnten ca. 10 Mio. € Mehrkosten entstehen.

Frau Dr. Drygalla, sachkundige Einwohnerin Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN, bittet die absoluten Einwohnerzahlen zu den ausgewiesenen Postleitzahlgebieten auf Seite 8 auszuweisen.

Herrn Baus, Fachbereichsleiter Soziales, nimmt die Bitte mit und an Dez. I weitergeben. Bisher liegen diese Zahlen nicht vor.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, fragt nach der Umsetzung des schlüssigen Konzeptes, in welchem Zeitraster und warum dazu kein Beschluss des Stadtrates gefasst wird.

Herrn Baus, Fachbereichsleiter Soziales, macht deutlich, dass es sich beim schlüssigen Konzept um ein empirisch mathematisches Ergebnis handelt. Dieses kann nicht beschlossen werden. Umgesetzt wird das schlüssige Konzept nach der Information im Stadtrat. Die Zahlen gelten ab diesem Zeitpunkt. Das Jobcenter benötigt noch einen Beschluss der Trägerversammlung.

Nachdem keine weiteren Fragen gestellt werden, bedankt sich **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, bei Herrn Jacobs für die Ausführungen und fragt nach weiteren Mitteilungen.

Herrn Baus, Fachbereichsleiter Soziales, informiert über das Arbeitstreffen mit dem Lebenstraum e.V. Im Ergebnis dessen werden auf Einzelantrag, die Mietkosten (490,00 € bis 505,00 €) übernommen. Die Höhe beruht auf Einzelentscheidung, da es sich um Schwerstbehinderte, Rollstuhlfahrer handelt. Die Kosten übernimmt in diesem Jahr zu 75% der Bund, im nächsten Jahr zu 100%. Alternative wäre eine Heimbetreuung mit Kostenträger Land und Heimkosten zwischen 2.600 -3000 €.

Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion, begrüßt es, diesen Personen in der Wohngemeinschaft ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, freut sich über die gute Lösung, die vom Ausschuss mitgetragen wird.

Frau Wolff, Fraktion MitBürger für Halle – Neues Forum, findet die schnelle Bearbeitung „super“, dass diese Lösung begrüßt und umgesetzt wird.

Es gibt keine weitere Mitteilung und **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, bittet um Vorschläge zu Pkt. 8.1 Themenspeicher.

zu 8.2 Themenspeicher

Es gibt keine weiteren Vorschläge zur Aufnahme in den Themenspeicher.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion, fragt:

1. Wie ist die Regelung für einen Deutschunterricht für Kinder von Ausländern, Asylbewerbern, Flüchtlingen?
2. Wie ist die Zuständigkeit für eventuelle Schul-Vorbereitungskurse für Kinder geregelt? Wer kann Ansprechpartner sein?
3. Wie soll die schulische Leistung bewertet werden, wenn ein sehr hohes sprachliches Defizit in Wort und Schrift besteht?

Zu Frage 1 bis 3 verweist **Frau Schneutzer, Beauftragte für Migration und Integration**, auf den Runderlass vom 01.08.2012 des Kultusministeriums, der dem Protokoll angehängt wird. Die Zuständigkeit liegt beim Landesschulamt.

Frau Schneutzer, Beauftragte für Migration und Integration führt zu den Fördermaßnahmen aus:

- Lehrerwochenstunden können beim Landesschulamt beantragt werden, siehe RErl.
 - Förderklassen, die sogenannten „Internationalen Klassen“ gibt es 2 in Halle. Diese weisen eine 100%ige Auslastung vor. Dabei sind die Kapazitäten in den Anfängerklassen auf 16 Schüler, in den Förderklassen auf 15 und einer Förderung von max. 2 Jahre festgelegt.
 - Bewertungsschwerpunkte sind im RErl. Pkt. 5 festgelegt
- weitere Angebote gibt es in Schulen mit Schülerpatenschaften, Lernpatenschaften an Grundschulen (Projekt der Freiwilligen Agentur)

Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion, fragt, an wen sich eine junge Frau Auszubildende 3. Lehrjahr, wenden kann, die von Hochwasser betroffen ist, nicht auf Arbeit gehen konnte und gekündigt wurde.

Herrn Schachtschneider, CDU-Fraktion, verweist auf die Vertrauenspersonen der Schulen.

Frau Wolff, Fraktion MitBürger für Halle – Neues Forum, fragt nochmals nach dem Drogenkonzept. Wann wird dieses vorgelegt?

Frau Dr. Schwarzer, Abteilungsleiterin Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung, gibt die Information, dass der Entwurf des Konzeptes in der Dezernatsbeteiligung ist. Da diesem vom überwiegenden Teil nicht zugestimmt worden ist, muss intern entschieden werden, wie weiter damit verfahren wird.

Frau Wolff, Fraktion MitBürger für Halle – Neues Forum, bringt die deutliche Kritik der Stadträte zum Ausdruck und fordert definitiv eine Information im nächsten Ausschuss ggf. bereits im Stadtrat.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, fragt nochmals nach der Information zur Droge Crystal, zu der sich Frau Dr. Gröger äußern wollte. Weiter möchte sie wissen, ob es gesundheitliche Probleme mit dem Trinkwasser auf Grund der Hochwassersituation gibt.

Frau Dr. Schwarzer, Abteilungsleiterin Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung, entschuldigt Frau Dr. Gröger die kurzfristig einen anderen Termin wahrnehmen musste und verweist auf die nächste Sitzung. Sie nimmt die Fragestellungen mit.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, möchte auch die Information zur Einschätzung gesundheitlicher Probleme, sowie Effekte nach dem Hochwasser. So z.B. Sperrmüll und die Kosten dazu.

zu 10 Anregungen

Frau Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin CDU-Fraktion, regt an die Gesundheitskonferenz der Stadt Halle wieder aufleben zu lassen.

Herr Czock, sachkundiger Einwohner CDU-Fraktion, regt an über Herrn Geier eine Auskunft zum Gesundheitsmanagement und Krankenstand in der Stadtverwaltung einzuholen.

Weitere Anregungen gibt es nicht.

Anschließend beendete **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, den öffentlichen Teil der Sitzung und verabschiedete alle Gäste.

Für die Richtigkeit:

Datum: 17.09.13

Susanne Wildner
Gleichstellungsbeauftragte

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende

Annerose Winter
Protokollführerin